Kreis Pinneberg

E-Akte zum Einstieg ins E-Government

[03.06.2016] Im Kreis Pinneberg sollen in unterschiedlichen Behörden und Fachdiensten die Akten digitalisiert werden. Der Kreis erhofft sich dadurch, Zeit und Geld einzusparen. Auf Open-Source-Lösungen verzichtet die Kommune dabei.

Hunderte Regalmeter Akten will die Pinneberger Kreisverwaltung in der Ausländerbehörde digitalisieren. Das berichtet das Pinneberger Tagblatt. Die Verwaltung wolle damit nicht zuletzt den Einstieg ins E-Government schaffen und Mehrkosten durch einen Umzug der Ausländerbehörde verhindern. Vorab habe die Kommune in Schleswig-Holstein jetzt etwa 100 Fragen zum Thema vonseiten der Kreistagspolitiker beantwortet. Dabei nenne die Kreisverwaltung beispielsweise drei E-Government-Ziele: Die Lösungen sollen den Bürgern und der Wirtschaft nützen, die Verwaltung modernisieren und Datenschutz, Datensicherheit und die Harmonisierung der Informationstechnik voranbringen. In der Ausländerbehörde soll dadurch außerdem ein Personalmehrbedarf vermieden werden. Bürger profitieren laut der Verwaltung von kürzeren Bearbeitungszeiten. Die Verwaltung könne außerdem Bearbeitungsschritte automatisieren, sodass personelle Ressourcen für die individuelle Betreuung frei würden. Auch könnten den Bürgern Informationen leichter zugänglich gemacht werden. Für das Projekt in der Ausländerbehörde sei vorgesehen, die bereits im Einsatz befindliche Software mit Schnittstellen zu koppeln. Diese seien oft schon vorhanden. Zusätzliche Software werde nicht benötigt, gleiches gelte für die meisten der angedachten E-Government-Ideen.

Gut gerüstet in die Zukunft

Wie dem Bericht des Tagblatts weiter zu entnehmen ist, sieht der Kreis vom Einsatz von Open-Source-Produkten ab. Grund: Sie erfordern meist, dass Schnittstellen erst entwickelt werden müssen. Außerdem unterstützten viele Fachanwendungshersteller nur Standard-Software und könnten bei Problemen mit Open-Source-Produkten keine Hilfe leisten. Eine Befürchtung des Kreises sei deshalb, dass Open-Source-Lösungen teurer sein könnten als die Verwendung kostenpflichtiger Produkte. Erfahrung habe die Kreisverwaltung bereits mit elektronischen Akten. Nicht nur Ordnungswidrigkeiten werden in der Kommune vollständig digitalisiert bearbeitet. Bis spätestens zum Jahr 2018 soll auch der Rechtsverkehr zu den Gerichten nur noch elektronisch geführt werden. Das Testverfahren läuft laut dem Pinneberger Tagblatt bereits. Im Fachdienst Finanzen und Controlling sei außerdem die E-Rechnung eingeführt worden, andere Fachdienste scannen derzeit ihre Akten ein. Verändert werden könnten die Daten laut Kreisangaben nicht. Ferner soll die Lagerung der Papierakten am Arbeitsplatz nicht mehr erfolgen, mittelfristig würden die Akten vernichtet. Auch für einen Server-Ausfall wäre der Kreis laut dem Bericht gerüstet. Der kommunale Zweckverband Kommunit betreibe laut Verwaltung ein gespiegeltes Rechenzentrum in zwei getrennten Brandabschnitten. Notstrombatterie und Notstromdiesel liefern unterbrechungsfrei Strom bei einem Ausfall der Versorgung. Die E-Akten werden in Langzeitarchive überführt und in ein spezielles Leseformat gewandelt. Eine Aufbewahrung über mehr als 20 oder 30 Jahre ist nach Angaben der Verwaltung nicht angedacht. Bestimmte Akten würden aber an das Kreis- oder Landesarchiv überführt, heißt es im Bericht des Pinneberger Taglatts.

(ve)

Bericht im Pinneberger Tagblatt vom 26. Mai 2016

Stichwörter: Dokumenten-Management, E-Akte, Kreis Pinneberg, Kommunit